

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 35/39
Telex: 8 86 848 ppbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 190

2. Oktober 1984

Lilo Seibel-Emmerling
MdEP zum Welttierschutz-
tag am 4. Oktober.
Seite 1

Professor Gerhard Heimann
MdB wirft der Bundesregie-
rung Perspektivlosigkeit
in der Deutschlandpolitik
vor.
Seite 3

Dr. Renate Lepsius MdB
legt Zensurmaßnahmen der
Karlsruher "Badischen
Neuesten Nachrichten"
offen: Maulkorb.
Seite 5

Gemeinsam den Tierschutz stärken

Die EG benötigt gemeinsame Regeln für artgerechte
Tierhaltung

Von Lilo Seibel-Emmerling MdEP
Präsidentin der interfraktionellen parlamentarischen
Tierschutzkommission im Europäischen Parlament

In vielen Städten und Gemeinden der Europäischen Gemein-
schaft werden am 4. Oktober, dem Welttierschutztag neue
Tierheime eingeweiht, bestehende ausgebaut und erweitert
- ein Beweis für die so erfreulich rege und verantwor-
tungsvolle Arbeit der Menschen die sich dem Tierschutz
widmen. An diesem Tag gelingt es auch ein bißchen besser
als sonst, anderen Menschen klar zu machen, daß Tierschutz
etwas ist, was jeden angeht. Eine zum Wegwerfen erzogene
Gesellschaft verschont auch Lebewesen nicht mehr: Der in
die Mülltonne geworfene oder am Parkplatz verlassene Hund
macht Schlagzeilen, wie das auch von Tierfänger zum lukra-
tiven Verkauf als Tierversuchsobjekt eingefangene Kätzchen.

Die berechnete Empörung über diese Untaten führt wohl
auch zur gesellschaftlichen Ächtung derer, die sich in die-
ser Weise schuldig machen. Erfreulich auch, daß der Pelz-
mantel aus dem Fell gefährdeter Arten nicht mehr kritik-
los hingenommen wird und daß der Kampf gegen das Abschla-
chen der Robbenbabies inzwischen weit über die organisier-
ten Tierschützerverbände hinaus offensiv von vielen Men-
schen geführt wird. Hoffnung für die Arbeit von Europa-
parlamentariern, die sich dem Tierschutz widmen, weil
eine menschenwürdige Lebensform auch dem Tier gegenüber
verpflichtet ist. Weil es keinen Menschen, keinen Kinder-,
keinen Gesundheits-, keinen Umweltschutz geben kann, der
nicht auch artgerechte Lebensformen für das Tier aner-
kennt.



Die Wirtschaftsform der europäischen Gesellschaft aber erzwingt mit fortschreitend sich verschlimmender Tendenz Lebensbedingungen für Tiere in der Massentierhaltung, die nicht ohne Auswirkung auf unser eigenes Dasein bleiben können. Untrinkbares Wasser, unfruchtbare Böden erschrecken wohl schon die unmittelbaren Nachbarn der Großproduzenten für Tiere. Bei denen nicht mehr von Lebenswesen, sondern nur noch von zu Tausenden zusammengepferchter noch atmender Produkte gesprochen werden kann. Von der Öffentlichkeit aber wird hier noch viel zu viel geschwiegen. Agrarmarktgesetze oder Agrarmarktgesetzmäßigkeiten, die solche Intensivhaltungsmethoden gegen das Tier und gegen den Menschen als den Abhängigen von Nahrung und Umwelt nicht nur billigen, sondern sogar eindeutig fördern, gefährden uns alle. Deshalb darf die so dringend nötige Agrarreform der Gemeinschaft nicht nur finanzielle Abkehr von der Überflußproduktion bedeuten.

Es gilt auch Gemeinschaftsregeln zu finden, die wieder einen Übergang zu anderen Nahrungsformen erlauben - die steigenden Krebserkrankungszahlen dürften doch wohl eindringlich genug erkennen lassen, wie zwingend nötig das ist. Dazu aber muß der Verbraucher zunächst einmal erkennen, was da - angeblich auf seinen Wunsch hin - für ihn erzeugt wird: Daher fordere ich Kennzeichnungspflicht. Man muß feststellen können, daß das so "frisch vom Geflügelhof" angepriesene Ei von einer armseligen auf Kleinstformat zusammengequälten federlosen Kreatur stammt, die mit der Henne aus dem Bilderbuch nichts mehr gemein hat. Oder daß das uns als "zart wie ein Babypo" gelobte Fleisch in Wirklichkeit aus einer Schweinefabrik stammt, die in der Kosten-nutzen-Analyse durchaus berücksichtigt, daß viele ihrer Opfer vor dem Schlachtermin an Straß eingehen.

Nur gemeinsame Regeln des Gemeinsamen Marktes können hier helfen. Zeit, daß alle die Menschen- und Tierschutz wollen, sie gemeinsam fordern, Zeit aber auch dafür, sich über die Abstimmungen im Europäischen Parlament zu informieren. Daher sollten alle jene Europa-Abgeordneten, die am 4. Oktober über Tierschutz reden, auch befragt werden: Wie hast Du abgestimmt, als es um die Größe für Käfighennen ging? Wie hast Du abgestimmt, als es um das Stopfen von Gänsen in der Europäischen Gemeinschaft ging? Hast Du da Deinen Gaumen, oder hast Du Deine menschliche Vernunft sprechen lassen.

Für die SPD-Europaabgeordneten kann ich feststellen, daß alle Sozialdemokraten in den Abstimmungen des Europäischen Parlaments, gegen die derzeit praktizierte Käfighaltung von Hühnern und gegen das Gänsestopfen votiert haben; die meisten CDU-Abgeordneten sprachen sich - wie die Tierschützer wissen - für die Beibehaltung der kreativ verachtenden Praktiken aus.

Die Tierschützer sollten sich aber nicht darauf beschränken, nachträglich das Abstimmungsverhalten von Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu kritisieren. Aktuell kommt es darauf an, einen Antrag des niederländischen Sozialisten Eisso Woltjer zur Massentierhaltung zu unterstützen, damit der im Sinne der Tierschützer auch gegen angeblich wichtige ökonomische Interessen durchgesetzt wird.

(-/2.10.1984/ks/hgs)

+ + +



Berlin ist eine Chance für Veränderung

Die Deutschlandpolitik muß auf der Basis der Verträge fortentwickelt werden

Von Professor Gerhard Heimann MdB

Der Landesvorstand der Berliner SPD hat mit der Verabschiedung eines Positionspapiers mit dem Titel "Deutschlandpolitik auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung" seine Haltung in deutschlandpolitischen Fragen festgelegt. Das Papier konkretisiert einen Beschluß der Berliner SPD aus dem vergangenen Jahr, in dem "mehr Phantasie" in der innerdeutschen Politik und die konsequente Nutzung vorhandener Spielräume im deutsch-deutschen Verhältnis gefordert worden war.

Die Berliner Sozialdemokraten erheben mit ihren jüngsten deutschlandpolitischen Beschlüssen den Anspruch, Wege aus einer zunehmend gefährlicher werdenden Irrfahrt in der Ost-West-Politik aufzuzeigen. Ein deutscher Neutralismus, wie er mancherorts geträumt wird, ist keine Perspektive für das geteilte Europa, denn er muß zur Destabilisierung der internationalen Lage führen und wird auf das Mißtrauen unserer europäischen Nachbarn stoßen.

Ebenso perspektivlos ist jedoch die Deutschlandpolitik weiter Teile der CDU/CSU und neuerdings auch der Bundesregierung. Es werden gegebene Annäherungsmöglichkeiten entlang der europäischen Trennlinie zwischen Ost und West verspielt, indem unverantwortlich und aggressiv die Existenz des anderen deutschen Staates in Frage gestellt und über ein Deutschland in den Grenzen von 1937 geredet wird. Die Bundesrepublik hat sich in den Ostverträgen feierlich zum Prinzip des Gewaltverzichts bekannt und erklärt, daß sie keinerlei territoriale Ansprüche in Europa erhebe. Das ist und bleibt die Grundlage der Entspannungs- und Deutschlandpolitik.

Eine neue Stufe der Deutschlandpolitik ist nur zu erreichen, wenn die Bundesregierung das Wort von der "Verantwortungsgemeinschaft beider deutscher Staaten für den Frieden in Europa" ernst nimmt. Sie hat die Pflicht, Spielräume deutscher Politik gegenüber der westlichen Führungsmacht zu behaupten, in dem sie statt weniger Kooperation mit dem Osten mehr Kooperation und statt mehr Rüstung weniger und andere Rüstungen fordert. Auf der Tagesordnung der Politik steht die Selbstbehauptung Europas gegenüber den heraufziehenden Gefahren einer zunehmenden Konfrontation der Supermächte und nicht das gefährliche und illusionäre Gerede von einer Revision der Grenzen in Europa.



Dilletantismus und Böswilligkeit, wie sie sich bei der Vorbereitung des geplanten Honecker-Besuches in den Reihen der Union und der Bundesregierung gezeigt haben, gefährden die Gemeinsamkeiten in der Deutschlandpolitik, schlimmer noch: Sie haben am Ende die Folge, daß die gefährliche atomare Bedrohung in Europa zur Lebensperspektive einer ganzen Generation wird.

Die Sozialdemokraten setzen dagegen auf die Entwicklung einer europäischen Friedensordnung, die die Gleichberechtigung aller Partner anerkennt und die bestehenden Grenzen in Europa nicht in Frage stellt, sondern gemeinsame Interessen in West und Ost nutzt, um in einem Prozeß der Annäherung und Normalisierung den trennenden Charakter von Grenzen allmählich zu überwinden. Nur so kann die Teilung Europas zuerst gemildert und schließlich überwunden werden.

Die deutsch-deutschen Beziehungen müssen Vorbild und später Teil einer Friedensordnung in Europa sein. Berlin hat dabei eine besondere Rolle zu spielen. Berlin ist eine Chance für Verständigung. Der Konflikt um Berlin hat die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges gezwungen, die Grenzen der Konfrontation zu erkennen und die Möglichkeiten für Kooperation auszuloten. Aus der Lage der Stadt ergibt sich ein außerordentliches Interesse an friedlichen Entwicklungen zwischen den Blöcken und ein lebendiges Bewußtsein von einem Europa, das nicht an der Elbe endet. Berlin zwingt auch beide deutsche Staaten, immer wieder ein Verhältnis gutnachbarlicher Beziehungen zu suchen.

Die Berliner Sozialdemokraten fordern eine neue Stufe in der Berlin- und Deutschlandpolitik, damit es über das bisherige Vertragswerk hinaus zu konkreten Verbesserungen in Wirtschaft, Kultur, Umweltschutz, Besuchsverkehr et cetera kommt, die ein Geflecht blockübergreifender Verbindungen herstellen können. Die Berliner SPD hat dafür eine Reihe realistischer Verhandlungsziele, von der Luftreinhaltung bis zum Gewässerschutz, vom Nahverkehr in das Umland der Stadt bis zur kommunalen Zusammenarbeit zwischen West- und Ost-Berlin genannt und vorgelegt.

(-/2.10.1984/ks/hgs)

+ + +



Kritik an Kohl als Majestätsbeleidigung

Wie sich eine badische Zeitung die Meinungsfreiheit vorstellt

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Seit in Bonn der Wendekanzler regiert, ist für die Lammstraße in Karlsruhe die Welt wieder in Ordnung. Hier residieren die "Badischen Neuesten Nachrichten"; ein Blatt, das sich gerne als "angesehene Regionalzeitung" bezeichnen läßt, auf seinen politischen Seiten aber nichts als herablassende "Ausgewogenheit" offeriert, die politisch interessierte Zeitgenossen zum Gähnen bringt.

Aber das Blatt und sein Chefredakteur interpretieren den Begriff "Ausgewogenheit" auf höchst ungewöhnliche Weise. Kritik an den Regierenden ist nicht erwünscht, an der Opposition aber durchaus. Der Satz, daß eine freie Presse ein nicht unwichtiger Teil einer funktionierenden Demokratie ist, wurde in der Lammstraße in Karlsruhe offensichtlich noch nie vernommen. Nicht umsonst hat einmal der bedeutende amerikanische Präsident Jefferson darauf hingewiesen, daß er die Vereinigten Staaten sehr wohl ohne Kongreß, aber nicht ohne eine freie Presse regieren könne.

Journalisten, die aus ihrer Position den Umkehrschluß ableiten, daß es ihr Recht sei, anderen Leuten vorzuschreiben, was sie zu schreiben haben und was nicht, noch dazu, wenn es sich um Bundestagsabgeordnete handelt, die Nutzen aus einer Kolumne für eben diese Zeitung ziehen wollen, dies ist gewiß ein Novum. Zumal es sich um einen Abgeordneten der Opposition handelt, dessen politische Aufgabe durchaus in Kritik und Opposition an den Herrschenden zu sehen ist.

Eigentlich fing alles ganz harmlos an. Von den "Badischen Neuesten Nachrichten" kam aus der Redaktion Karlsruhe Land an mich das Angebot, als Abgeordnete des Wahlkreises Rastatt-Etlingen im Deutschen Bundestag eine Kolumne zu schreiben, wie andere Parlamentarier aus der Region es gelegentlich tun. Und so setzte ich mich, wie das viele meiner Kollegen in ihren regionalen Zeitungen tun, mit den aktuellen Ereignissen auseinander, zur Amnestiefrage, zum Familienlastenausgleich und zu Sparmaßnahmen im Familiensektor, Fragen, wozu ich mich als Mitglied des Ausschusses Jugend, Familie und Gesundheit besonders berufen fühlte. Was dann kam, war Zensur. Ein Maulkorb für die Dame! Die Kolumne wurde nicht abgedruckt. Wegen des Inhalts, an dem das badische Blatt offensichtlich keine Freude haben wollte.



Das Karlsruher Blatt gab es mir auch noch schriftlich. Der Chefredakteur stellte sich hinter seinen Lokalredakteur namens Koch, der mir die folgenden Belehrungen, sozusagen als Leitfaden für Kolumnenschreiben, zur Verfügung gestellt hatte: Da heißt es unter anderem Lokalnachrichten haben im Lokalteil "grundsätzlich Vorfahrt". Deshalb könne die Bonner Politik im Lokalteil höchstens eine Randerscheinung sein. "Zwar machen wir den Mandatsträgern das Angebot, ihre Arbeit im jeweiligen Parlament in gewissen Zeiträumen darzustellen, aber wir akzeptieren keine Beiträge, die presserechtliche Konsequenzen bis hin zur Gegendarstellung haben könnten." "Endlose Debatten könnten die Folge sein": fürchtet der Redakteur und folgerte schlüssig: "Deshalb haben Angriffe auf den politischen Gegner zu unterbleiben."

Wie ich dies nun anders machen soll, schreibt mir der Redakteur mit folgenden Sätzen vor: "Erwünscht ist also die selbstbewußte, persönliche Arbeit in Bonn, Stuttgart oder sonstigen Parlamenten, auch schon mal die Stellungnahme zu einem aktuellen viel-diskutierten Thema. Der Beitrag sollte nicht beschreiben, warum der politische Gegner falsch liegt, sondern warum der Autor selbst richtig liegt. In einer Kolumne aus Ihrer Feder dürfte also sozusagen als Faustregel nicht der Name Kohl auftauchen, und auch die Erwähnung von CDU, CSU und FDP halten wir im allgemeinen für überflüssig." Soweit die "Badischen Neuesten Nachrichten".

Nun bin ich etwas ratlos, ob ich meine nächste Kolumne den Grünen widmen soll. Auch habe ich überlegt, wie ausgewogen ich über das "ausgewogene" Verhältnis von CDU und CSU sprechen kann oder über Strauß und Kohl, ohne sie namentlich zu erwähnen. Aber Maulkorb ist Maulkorb. Majestätsbeleidigung ist nicht erlaubt. Das ist wie in Kaiser Wilhelms Zeiten, in denen Kritik an der Obrigkeit einem fluchwürdigen Vergehen gleichkam. Immerhin sind diese Zeiten rund 70 Jahre vorüber. Aber in manchen Köpfen - und das sogar in Redaktionsstuben - spuken sie noch immer herum.

So tat ich das einzige, was mir als Abgeordnete des Deutschen Bundestages ehrenhaft erschien und lehnte ab, in den "Badischen Neuesten Nachrichten" eine Kolumne zu schreiben und übergab das ganze dem Deutschen Presserat. Wehmütig sinne ich den demokratischen Zeiten der sozialliberalen Ära nach, als es Abgeordneten der christlichen Opposition noch erlaubt war, Namen wie die Helmut Schmidts, Willy Brandts und der sozialdemokratischen Partei konsequenzlos in den Mund zu nehmen. Ohne Maulkorb.

(-/2.10.1984/ks/hgs)

+ + +

